

gen: Der Zentralausschuß beschloß, einen *Konsultations- und Besuchsprozeß* in die Wege zu leiten, der 1981 beginnen und schon Teil der Vollversammlung sein soll. Die geplanten Besuche von ÖRK-Stabsmitgliedern bei einzelnen Mitgliedskirchen in verschiedenen Regionen sind einerseits zur unmittelbaren Vorbereitung der Vollversammlung gedacht, andererseits aber auch als Möglichkeit, Anliegen der Kirchen und des Rates miteinander ins Gespräch zu bringen.

Zwar machte man sich auch schon über Struktur und Stil der vom 24. Juli bis 10. August 1983 stattfindenden Vollversammlung Gedanken und legte die Sitzverteilung der wahrscheinlich 900 Delegierten auf die einzelnen Mitgliedskirchen fest. Weiteres wird allerdings der Zentralausschuß erst bei seiner nächsten Sitzung in Dresden im August 1981 aufgrund eines bis dahin erarbeiteten genaueren Plans erörtern und beschließen. Wichtigster Punkt der Vorbereitung auf Vancouver war diesmal die Entscheidung über das *Thema*. Nach vorbereitenden Überlegungen der Programmeinheit I einigte man sich auf die Formulierung „*Jesus Christus – das Leben der Welt*“.

Unter einem solchen Thema hat sicher vielerlei Platz; so faßte Philip Potter auf der abschließenden Pressekonferenz bei der Zentralausschußtagung deren Arbeit schon mit dem Leitwort *Leben* zusammen: „Was wir diese Woche getan haben, war der Versuch, *Leben* in allen seinen Dimensionen zu bejahen“, und summierte darunter sowohl das Zusammenleben der Kirchen in der ökumenischen Gemeinschaft wie die Lebensbedrohung durch den

Nord-Süd-Konflikt oder die Gefahren der Kernenergie. Die jetzt beginnende Vorbereitungsphase wird zeigen müssen, welche Schwerpunkte im Blick auf Vancouver letztlich in den Vordergrund rücken. Immerhin soll ja der Großteil der regulären wie der Sonderprogramme der drei Programmeinheiten bis Ende 1981 abgeschlossen sein, so daß dann genügend Spielraum für den *intensiven Kontakt mit den Mitgliedskirchen* und auch für *grundsätzlichere Überlegungen* hinsichtlich des weiteren Wegs des ÖRK zur Verfügung stehen dürfte. An Fragen dazu fehlt es nicht. Die wichtigste: Wie werden sich das Bemühen um verstärkte Gemeinschaft im Glauben und das „*Ring* um eine wahrhaft menschliche Gemeinschaft“ (Philip Potter) in den nächsten Jahren und auf der Vollversammlung austarieren, gerade wenn man daran festhält, daß beides nicht getrennt werden kann? Die Anstöße, die *Willem A. Visser 't Hooft* in seiner Bilanz der letzten 60 Jahre ökumenischer Arbeit anlässlich der Feiern zu seinem 80. Geburtstag gab (vgl. ds. Heft, S. 509), können hier hilfreich sein. Daß es an neuen Herausforderungen und damit Konfliktstoffen nicht mangelt, zeigt sich an den Implikationen des durch Melbourne und das Dokument „Für eine mit den Armen solidarische Kirche“ in die ökumenische Diskussion gebrachten Themas „Die Kirche und die Armen“. Der Weltrat der Kirchen befindet sich gegenwärtig allem Anschein nach in einer *Übergangsphase*. Deren Möglichkeiten zur Selbstbesinnung sollten vom Rat wie von den Mitgliedskirchen möglichst ehrlich und umfassend genutzt werden.

Ulrich Ruh

Länderbericht

Unter vietnamesischer Vorherrschaft

Zur Entwicklung in Indochina

Auch nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan bleibt Indochina der gefährlichste Krisenherd in Asien. Dies bezeugt nicht nur die erschreckend hohe Zahl von mittlerweile über 1 Million Flüchtlingen und die kaum noch schätzbare Zahl von Toten – Opfer des barbarischen Pol-Pot-Regimes, Opfer aber auch des vietnamesischen Versuchs, ganz Indochina zu beherrschen. Der Konflikt ist dabei längst auch zu einem Ringen um die Macht zwischen China und der Sowjetunion geworden, bei dem Vietnam, Laos und Kambodscha eher die Rolle von Stellvertretern einzunehmen scheinen. Gleichzeitig haben wir es aber auch mit einem Kampf um die Unabhängigkeit Südostasiens zu tun, das mehr denn je durch Vietnam, die Sowjetunion und China bedroht wird.

Vietnam – die neue indochinesische Großmacht

Mit der Eroberung Pnom Penhs am 7. Januar 1979 durch vietnamesische Truppen und deren kambodschanische Verbündete schien Vietnam den Traum seiner Hegemonie über Indochina zu verwirklichen. Doch dieser Traum wurde bisher nur teilweise Realität. Selbst mit einer mittlerweile auf 250 000 Mann verstärkten Armee zeigte sich Hanoi in mehreren Offensiven bisher nicht in der Lage, die *Roten Khmer* endgültig zu besiegen. So kontrollieren die Vietnamesen zwar den größten Teil Kambodschas (bis vor allem auf die Gebiete nahe Thailand), müssen aber immer wieder auf Guerilla-Aktionen und Sabotage-Akte ih-

rer Gegner gefaßt sein. So soll ein Attentat auf einen Zug um die Jahresmitte 1980 allein 150 Opfer gefordert haben. Das militärische Engagement Vietnams blieb nicht ohne *innenpolitische Auswirkungen*. Die hohen Kosten und der Entzug dringend benötigter Arbeitskräfte machen sich in der Wirtschaft des Landes nachteilig bemerkbar, ganz zu schweigen etwa von den Zerstörungen durch den Grenzkrieg mit China im Februar 1979. Die *Massenflucht von Vietnamesen ins Ausland*, ebenfalls eine indirekte Folge der Kriegspolitik Hanois, führte zudem zu einem spürbaren Mangel an Fachkräften. Und schließlich haben auch noch Naturkatastrophen, Überschwemmungen und Dürreperioden, zur Verschlechterung der Wirtschaftslage beigetragen. So wurden die Planziele für 1979 bei weitem nicht erreicht, und vor allem die Ernährungslage gestaltete sich kritisch (etwa 30% der benötigten Menge an Reis wurde aus der UdSSR eingeführt). Unter diesen Umständen ließ man im Juli 1979 sogar wieder in beschränktem Umfang Privatwirtschaft zu und verlangsamte die Kollektivierung des Bodens im Süden, um wenigstens der dringendsten Versorgungsprobleme Herr zu werden.

Die „Einigung“ des Südens mit dem Norden verzögerte sich deshalb, zumal wegen der angespannten Wirtschaftslage der *Widerstand gegen die Regierung in Hanoi* wieder anwuchs. Hierbei handelt es sich nicht nur um passiven Widerstand in der Bevölkerung, sondern auch um die meist im Bergland operierenden Widerstandsgruppen nationaler Minderheiten oder den antikommunistischen Widerstand. Die Gruppen sind aber meist nur regional organisiert und oft untereinander zerstritten. Ihre Schlagkraft, allen voran die der National Restoration Front, ist relativ gering, so daß ihre Erfolge eher auf propagandistischem Gebiet liegen.

Die angespannte innenpolitische Lage führte zu einschneidenden *Änderungen innerhalb der Partei*. Zahlreiche Parteimitglieder chinesischer Abstammung, aber auch Altstalinisten und manche unfähigen und korrupten Funktionäre verloren ihre Parteimitgliedschaft. An ihre Stelle traten vielfach jüngere Technokraten und vor allem Militärs. Veränderungen an der Spitze des Staates sind dabei ebenfalls zu erwarten – man nimmt an, daß Ministerpräsident *Pham Van Dong* und sein Vertreter *Vo Nguyen Giap* bald auf Ehrenämter abgeschoben werden. Dafür hat Parteichef *Le Duan* ebenso wie der Partei-Organisator *Le Duc Tho* seine Macht erheblich ausbauen können. Die Parole heißt jetzt Militarisierung des Landes, Konzentration aller Kräfte auf den Wiederaufbau. Hierbei paart sich ein härteres Vorgehen gegen die Feinde des Regimes mit etwas größerem Wohlwollen gegenüber den Mitläufern.

Von der modifizierten Haltung der Regierung, die auf jegliche Unterstützung im Lande angewiesen ist, profitiert derzeit auch die katholische Kirche. Im April 1980 konnte die erste Bischofskonferenz Vietnams seit 1952 unter dem Vorsitz von Kardinal *Trinh Van Can* abgehalten werden. Den 28 versammelten Bischöfen bot sich dabei das Bild einer in ernsthafter Bedrängnis lebenden Kirche, deren Lage jedoch nicht hoffnungslos ist. Zwar gestattet die Ver-

fassung Religionsfreiheit nur im Rahmen des sozialistischen Systems, was nach 1975 auch der Süden zu spüren bekam – ausländische Priester und Ordensleute mußten das Land verlassen, die übrigen zog man (soweit sie nicht in Haft kamen) zum „Aufbau des Landes“ heran. Doch wurden nicht alle zur Feldarbeit aufs Land geschickt, viele sind weiter oder wieder für die Gläubigen tätig, auch in sozialen Einrichtungen. Und immerhin hat die bedrängte Lage zu einer größeren Religiosität auch unter der Jugend geführt.

Besondere Schwierigkeiten gibt es allerdings mit dem *Priesternachwuchs*. Die Kleinen Seminare sind geschlossen, und auch Große Seminare kämpfen ums Überleben. So wurden von März 1977 bis April 1980 in Ho-Chi-Minh-Stadt nur 4 Priesteramtskandidaten zur Ordination zugelassen, und in Hué warteten Ende 1979 57 Kandidaten seit fast vier Jahren auf die staatliche Genehmigung zum Eintritt ins Priesterseminar. Außerdem befinden sich möglicherweise noch etwa 300 Priester in Haft (Kathpress, 19. 6. 80).

Die Zukunft der Kirche kann angesichts ihrer derzeitigen Lage nicht im Widerstand gegen den Staat liegen. So beantworteten die Bischöfe denn auch die etwas versöhnlichere Haltung der Regierung mit einem Hirtenbrief, in dem sie die Gläubigen zur Mitarbeit beim Aufbau des Staates aufriefen. Aus ähnlichen Überlegungen heraus wurde im Januar 1980 in Ho-Chi-Minh-Stadt ein „Aktionskomitee der Katholiken für die Verteidigung des Vaterlandes“ von 33 Priestern, 4 Ordensschwwestern und 12 Laien gegründet. Derartige Aktionen finden allerdings nicht die ungeteilte Unterstützung des gesamten Klerus, geschweige denn vieler Gläubigen, von denen sich einige sogar den Widerstandsgruppen angeschlossen haben. Gerade in Südvietnam wird deshalb die Haltung der Katholiken noch manche Probleme aufwerfen.

In seiner bedrängten Lage ist Vietnam im übrigen immer mehr auf *Hilfe aus dem Ausland* angewiesen. Da die westlichen Länder mit Ausnahme Schwedens, das an dritter Stelle der Geberländer steht, ihre Entwicklungshilfe weitgehend zurückhalten, solange sich Vietnam nicht aus Kambodscha zurückzieht, wächst die Abhängigkeit Hanois von Moskau. Allein 1979 lieferte die UdSSR Güter für etwa 1,5 Mrd. Dollar, und außerdem dürfte sie etwa 60% des laufenden Fünfjahresplans mit Krediten finanzieren (*J. M. van der Kroef*, *The Indochina Tangle*, in: *Asian Survey* 5/80, 478). Weiter sind etwa 5000 bis 8000 sowjetische Berater in Vietnam tätig. So wird Hanoi immer mehr in das politische und wirtschaftliche System des Ostblocks integriert, wozu auch die Entwicklungshilfe der DDR, des zweitwichtigsten Geldgebers, beiträgt.

Vietnam ist diese exzessive Abhängigkeit keineswegs recht. Dies wurde auch bei den letzten Gesprächen der Führung in Moskau im August 1980 deutlich, die sich über Gebühr lange hinzogen. Man möchte nicht zu viele Zugeständnisse machen, um nicht vollständig zum Vasallen Moskaus herabzusinken, und so duldet man z. B. eher widerwillig die sowjetische Marinepräsenz in vietnamesischen Militärbasen. Moskau seinerseits ist zudem wohl

nicht bereit, die vietnamesische Indochinapolitik voll zu unterstützen, weil sie langsam die finanziellen Möglichkeiten der UdSSR übersteigt und außerdem die Afghanistan-Pläne stören könnte. Deshalb wäre Vietnam durchaus nicht abgeneigt, amerikanische Hilfe zum Wiederaufbau in Anspruch zu nehmen. Die Gespräche mit den USA über eine Normalisierung der Beziehungen sind jedenfalls wieder angelaufen.

Kambodscha – ein Vasall Vietnams

Die von Vietnam eingesetzte Regierung *Heng Samrins* trat ein schweres Erbe an. Etwa zwei bis drei Millionen Menschen hatten die Schreckensherrschaft Pol Pots nicht überlebt, vor allem die Oberschicht war systematisch verfolgt worden. Opfer dieser Herrschaft wurden dabei auch die Religionsgemeinschaften. Wahrscheinlich gibt es derzeit überhaupt keine katholischen Priester mehr in Kambodscha. Den wenigen verbliebenen Christen wird allerdings jetzt wieder die Religionsausübung wenn auch in eingeschränktem Rahmen gestattet (vgl. *La Croix*, 13. 8. 80). Anfang 1979 gab es keine funktionierende Verwaltung mehr, die Infrastruktur der Wirtschaft war zerstört, Schul- und Gesundheitswesen fast inexistent – von 500 Ärzten (1975) waren noch 54 in Lande (*Australian Financial Review*, 4. 7. 80). Mittlerweile schreitet der Wiederaufbau langsam voran. Die Landwirtschaft dürfte wieder etwa 50% ihrer Kapazität erreicht haben, einige Industriebetriebe öffneten wieder ihre Pforten, und seit März 1980 gibt es sogar wieder eine bescheidene Nationalbank. Ebenso funktioniert das Schul- und Gesundheitswesen zumindest wieder notdürftig.

Trotzdem wäre die Bevölkerung dem Hungertod preisgegeben gewesen, hätte sich die Regierung nicht Mitte 1979 endlich bereit erklärt, *ausländische humanitäre Hilfe* zuzulassen. Die Lage war dabei durch eine erneute Flüchtlingswelle noch erschwert worden. Zeitweilig hielten sich mehrere hunderttausend Kambodschaner im Grenzgebiet zu Thailand auf (derzeit nach UN-Schätzungen noch 80 000 – *Le Monde*, 2. 9. 80), nicht gerechnet die etwa 15 000 Flüchtlinge in thailändischen Lagern.

Diese Flüchtlingswelle verdankte ihren Ursprung nicht nur den Kriegshandlungen, sondern auch der fortschreitenden Vietnamisierung des Landes. Mindestens 8000 vietnamesische „Berater“ überwachen die Arbeit der kambodschanischen Behörden und schwören sie ideologisch auf die vietnamesische Linie ein. Unter ihrer Aufsicht entsteht auch eine neue kommunistische Partei, deren offizielle Konstituierung aber noch bevorsteht. Ihre Führung soll der jetzige Verteidigungsminister *Pen Sovan*, ein enger Parteigänger Vietnams, übernehmen und damit auch möglicherweise den als schwach geltenden Heng Samrin an der Spitze des Landes ablösen.

Außenpolitisch ist Kambodscha isoliert. Bisher wurde es nur von den Staaten des sowjetischen Lagers und im Juli 1980 von Indien diplomatisch anerkannt. Mit Vietnam und Laos ist es außerdem seit dem Frühjahr 1979 durch

Freundschaftsverträge ähnlich dem zwischen Laos und Vietnam vom Juli 1977 verbunden. Ebenso gibt es Wirtschaftsabkommen mit den wichtigsten Geldgebern UdSSR und DDR. Erst in letzter Zeit wurde die Regierung in Pnom Penh zudem dadurch aufgewertet, daß die UNO-Hilfsorganisationen ihre Lieferungen fast nur noch über Kambodscha und nur noch wenig über Thailand laufen lassen.

Die *Oppositions- und Widerstandsbewegungen* sind in mehrere Gruppen gespalten, von denen die Roten Khmer mit etwa 30 000 (andere Quellen: 60 000) Soldaten noch die größte Bedeutung haben. Trotz ihrer Greuelataten werden sie weiterhin allerdings noch von zahlreichen Staaten als rechtmäßige Vertreter Kambodschas anerkannt (u. a. China, Japan, ASEAN-Staaten, UNO). Derzeit versuchen sie, ihre militärische Schwäche durch politische Aktivitäten mit Hilfe Chinas auszugleichen. So löste im Dezember 1979 *Khieu Samphan* Pol Pot als Regierungschef ab, dieser blieb jedoch gleichwohl militärischer Oberbefehlshaber. Im Juli 1980 stellte die jetzt „Patriotic and Democratic Front of the Great National Union of Kampuchea“ genannte Bewegung ein Programm vor, das für den Fall eines Sieges den Kambodschanern politische und religiöse Freiheit versprach. Sogar das Privateigentum soll wieder zugelassen werden, da der Sozialismus vorerst in Kambodscha keine Chance habe. Vielmehr gehe es vorrangig nur um das Überleben Kambodschas als Staat (*Far Eastern Economic Review*, 24. 7. 80). Trotz allem bleibt der Verdacht, als habe man mehr kosmetische Korrekturen zur Gewinnung neuer Freunde denn wirkliche Veränderungen im Sinn.

Neben den Roten Khmer gibt es die sogenannten „*Freien Khmer*“ (Khmer Serei). Abgesehen von Splittergruppen, ist hier vor allem die „*Khmer People's National Liberation Front*“ des ehemaligen Premierministers (unter Sihanouk) *Son Sann* von Bedeutung, die sich antikommunistisch gibt. Die Reputation Son Sanns macht ihn allerdings auch für Peking attraktiv, unter dessen Druck er im April 1980 Verhandlungen mit den Roten Khmer über eine Einheitsfront zustimmte. Diese Verhandlungen blieben jedoch bisher ohne greifbares Ergebnis. Im übrigen haben sich die Freien Khmer leider mehr durch innere Querelen und ausgedehnten Schwarzhandel mit Hilfsgütern einen unrühmlichen Namen gemacht.

Norodom Sihanouk, der sich gerne als dritte Kraft zwischen Pol Pot und Heng Samrin sieht, spielt eine nur schwer zu durchschauende Rolle. Nach dem Bruch mit Pol Pot gründete er im September in Nord-Korea eine „*Confederation of National Khmers*“, die aber in Kambodscha nur wenige Anhänger hat. Zudem stieß er damit sowohl auf Ablehnung von Hanoi wie Peking, und nachdem auch eine Reise durch Westeuropa und Nordamerika im Winter 1979/80 ohne Erfolg blieb, ist seine Position vorerst geschwächt. Sein Prestige unter den Kambodschanern hat außerdem stark dadurch gelitten, daß er zu oft die politischen Fronten wechselte. Und damit ist letztlich nur zu konstatieren, daß die kambodschanische Opposi-

tion derzeit keine geeignete Alternative zu der ungeliebten vietnamabhängigen Regierung Heng Samrin bildet.

Laos – fest in vietnamesischer Hand

Nachdem Laos die Bindungen zu China weitgehend gelöst hat, ist es fest in vietnamesischer Hand, wozu auch 60 000 vietnamesische Soldaten und etwa 6000 Berater beitragen (neben 1000 Russen). So mußte es Vietnam sogar „Grenzkorrekturen“ zugestehen sowie die Ansiedlung von etwa 100 000 Vietnamesen im Bereich des Ho-Chi-Minh-Pfades (Kroef, 479). Der neue politische Kurs hat dabei auch die *Religionsgemeinschaften* hart getroffen. Nachdem die christlichen Kirchen schon seit längerem kaum noch Arbeitsmöglichkeiten haben, wird jetzt auch der Buddhismus verfolgt, soweit er sich nicht dem sozialistischen System anpaßt. Nach Angaben eines hohen Würdenträgers soll die Zahl der Mönche von 20 000 (1976) auf 1700 (1979) zurückgegangen sein, was in dieser Höhe allerdings von staatlichen Stellen bestritten wird (M. A. Brown / J. J. Zaslouff, Laos 1979, in: Asian Survey 2/80, 111).

Die innerparteiliche *prochinesische Opposition* wurde bis Ende 1979 ausgeschaltet, was die Zahl der politischen Gefangenen auf wenigstens 10 000 erhöhte. Trotzdem regt sich weiter Widerstand gegen die vietnamesische Oberherrschaft, vor allem unter den seit Jahren im Aufstand befindlichen Bergstämmen, die wahrscheinlich auch von China unterstützt werden. Die Kämpfe haben dabei auch den Flüchtlingsstrom wieder anschwellen lassen – mittlerweile auf etwa 300 000, die überwiegend in Thailand leben. Dies erschwert zunehmend die Beziehungen zu Thailand, was um so mehr ins Gewicht fällt, als man auf die wirtschaftlichen Verbindungen zu Thailand kaum verzichten kann. Dies wurde drastisch deutlich, als Thailand von Mitte Juni bis Ende August nach mehreren schweren Grenzzwischenfällen die Grenze zu Laos schloß. Die Folge waren Preisanstieg und Versorgungsengpässe, die auch Vietnam nicht völlig ausgleichen konnte.

Thailand – Konfliktpartner wider Willen

Thailand sieht sich mehr und mehr durch die vietnamesische Indochinapolitik bedroht. Dabei hat es schon genügend innenpolitische Probleme zu bewältigen. Preissteigerungen und hohe Arbeitslosigkeit führten im März 1980 zur Ablösung des Premierministers *Kriangsak Chomanand* durch General *Prem Tinsulanond*. Die muslimische Minderheit im Süden des Landes drängt wieder stärker auf die Gewährung der Autonomie. Vor allem die „Pattani United Liberation Front“, die von Syrien und Libyen unterstützt wird, hat in letzter Zeit mit zahlreichen Bombenattentaten ihren Forderungen wieder Nachdruck verliehen. Und schließlich ist die Guerilla-Tätigkeit von Kommunisten und Moslems im Süden des Landes wieder aufgeflammt. Die Kommunistische Partei selbst ist aller-

dings derzeit erheblich geschwächt. Früher nach China und Vietnam orientiert, hat sie die Zerreißprobe nur schwer überstanden. Manche ihrer Mitglieder haben ihr überdies den Rücken gekehrt, da sie sich nur zögernd von Pol Pot distanzierte. So versucht man jetzt, die Partei zu reorganisieren, wobei man einerseits einen gegen die UdSSR gerichteten Kurs steuert, andererseits aber auch die starke personelle Bindung zu China lockert.

Das *Flüchtlingsproblem* offenbart Thailands außenpolitisches Dilemma. Man läuft Gefahr, durch die Flüchtlinge, die man als „illegale Einwanderer“ betrachtet, direkt in die indochinesischen Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. Flüchtlinge aus Kambodscha werden deshalb nicht mehr ins Land gelassen. Bisher gestattete man allerdings internationalen Organisationen, sie notdürftig im „Niemandland“ zu versorgen. Seit aber zu viele Hilfsgüter bei den kämpfenden Verbänden landen, häufen sich die Proteste Vietnams, das sonst die Hilfe bis dahin stillschweigend geduldet hatte. So verteilen seit Juli 1980 nur noch Organisationen der UNO Hilfsgüter an Frauen und Kinder, andere Organisationen dürfen nur noch immaterielle Hilfe leisten.

Das *Verhältnis Thailands zu den Roten Khmer* verdient dabei besondere Beachtung. Trotz der früheren Greuelthaten betrachtet Thailand die Truppen Pol Pots als willkommenen Puffer zwischen sich und der vietnamesischen Armee, so daß eine direkte Konfrontation weitgehend ausgeschaltet wird. Deshalb ist man auch nicht unbedingt an einer baldigen Niederlage Pol Pots interessiert, und so duldet man auch insgeheim den Nachschub an Lebensmitteln und leichten Waffen für diesen aus China. Offiziell wird dies allerdings dementiert, um Vietnam keinen Vorwand für ein direktes Eingreifen zu bieten.

Die Beziehungen zu Vietnam sind auch so genügend gespannt, obwohl z. B. der Handel zwischen beiden Ländern in beschränktem Umfang weitergeht. Man schließt trotz aller vietnamesischen gegenteiligen Beteuerungen einen bewaffneten Konflikt nicht mehr ganz aus und verstärkt dementsprechend auch die Verteidigungsanstrengungen. Einen Vorgeschmack bot die vietnamesische „Strafexpedition“ Ende Juni 1980, die sich gegen die thailändische Unterstützung Pol Pots, vor allem durch die Repatriierung von Flüchtlingen, richtete und die auf beiden Seiten zahlreiche Opfer forderte.

Verschärft hat sich die Situation dadurch, daß *Friedensbemühungen* bisher erfolglos blieben. Mitte Juli bot Vietnam Thailand zwar die Errichtung einer entmilitarisierten Zone an – aber unter Einschluß thailändischen Gebietes. Thailand lehnte dies ab und regte seinerseits die Schaffung einer solchen Zone auf kambodschanischem und laotischem Gebiet an, was wiederum von Hanoi abgelehnt wurde. Als sich dann UNO-Generalsekretär *Waldheim* als Vermittler einschaltete, blieb dieser ebenfalls erfolglos – ja Waldheim erregte in Bangkok sogar den (nicht ganz unbegründeten) Verdacht, eher Hanoi zu begünstigen. Damit sind die USA wieder zu einem umworbenen Partner Thailands geworden. Die Waffenlieferungen stiegen 1979 sprunghaft an (von 4 auf 40 Millionen Dollar). Allerdings bleibt Thailand

mißtrauisch, trotz der vermehrten Präsenz der amerikanischen Marine im Golf von Siam zum Schutz Thailands. Man befürchtet, die USA könnten sich Hanoi zu sehr nähern, und sei es nur, um ihre Vietnam-Schuld abzutragen, und damit die thailändischen Interessen vernachlässigen. So fand man auch wenig dabei, das amerikanische Getreide-Embargo gegen die Sowjetunion zu unterlaufen, indem man der UdSSR seit Ende 1979 für 100 Millionen Dollar Getreide lieferte. Gleichzeitig war dies aber auch ein Versuch, die UdSSR zu mehr Druck auf Vietnam zu veranlassen, damit dieses sich aus Kambodscha zurückziehe.

Gegenwärtig gewinnt *China* immer größere Bedeutung als Verbündeter Thailands. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu China haben sich spürbar verstärkt, Thailand erhält vor allem chinesisches Erdöl zu günstigen Preisen. Bei einem Besuch in Bangkok im Mai 1980, bei dem u. a. ein neues Luftfahrtabkommen unterzeichnet wurde, meinte denn auch Hua Guofeng, man habe „sehr nützliche und interessante“ Gespräche geführt (Bangkok Post, 21. 5. 80). Die Beziehungen zwischen Bangkok und Peking könnten schließlich im Oktober 1980 bei dem geplanten Besuch General Prens in China noch eine Vertiefung erfahren. Damit könnte sich der Achse Moskau-Hanoi ein Dreieck Washington-Peking-Bangkok entgegenstellen.

Ansonsten hält sich China derzeit im Indochina-Konflikt offensichtlich zurück. Auch wenn die Gespräche mit Vietnam über eine Normalisierung der Beziehungen vorerst unterbrochen sind, sieht es nicht nach einer Wiederholung der chinesischen „Strafexpedition“ vom Vorjahr aus. Vielmehr begnügt es sich mit einer Politik der kleinen „Nadelstiche“ – so wird es von Vietnam allein für die erste Hälfte dieses Jahres einer Zahl von mehr als 500 Grenzverletzungen beschuldigt (Far Eastern Economic Review, 7. 8. 80). Dazu hält China Vietnam weiterhin durch die Unterstützung der oppositionellen Gruppen in Laos und Kambodscha in Schach. Einen neuen Krieg hält man für zu teuer, aber schließlich werde auch die Zermürbungstaktik zum Erfolg führen, und wenn man zehn Jahre warten müsse.

Peking bemüht sich zudem, zur Eindämmung der „vietnamesischen Gefahr“ eine *diplomatische Front* gegen Vietnam und die UdSSR zusammenzubekommen. Dabei konzentriert man sich vor allem auf die ASEAN-Staaten. Dort hatte man bisher jedoch nur bei Thailand und in geringerem Maße Singapur Erfolg. Indonesien und Malaysia sind demgegenüber der Meinung, daß China eine ebenso große Gefahr wie die UdSSR darstelle, so daß eine Annäherung der Standpunkte hier noch nicht erreicht worden ist.

Die ASEAN-Staaten – Wahl zwischen Moskau und Peking

Die ASEAN, ursprünglich nur als Wirtschaftsbündnis gegründet, ist auf dem besten Wege, zu Vietnams direktem politischem Gegenspieler zu werden. Trotz unterschiedli-

cher Meinung in manchen Fragen hat das Bündnis vorerst seine politische Feuertaupe bestanden, auch wenn nicht die Absicht besteht, die Gemeinschaft offiziell in eine politische Organisation umzuwandeln. Allerdings sieht vor allem *Malaysia* die Expansion Chinas als die größere Gefahr an. Es betrachtet Indochina als Bollwerk gegen China, das nicht zu sehr geschwächt werden dürfe. Deshalb möchte man gegebenenfalls gerne die Moskauer Karte spielen. Für Malaysia wäre etwa eine Lösung akzeptabel, die auf einen begrenzten Truppenabzug der Vietnamesen aus Kambodscha und die Einsetzung einer Vietnam-unabhängigen Regierung in Kambodscha hinausliefe. Dieser Meinung schloß sich übrigens auch *Indonesien* zeitweilig an. Mit Rücksicht auf Thailand hat man diese Überlegungen allerdings vorerst wieder fallengelassen.

Hanoi hat die vorsichtige Haltung der ASEAN (die sich z. B. auch nicht zu einer gemeinsamen Verurteilung des Vorgehens der UdSSR in Afghanistan entschließen konnte) anfänglich honoriert. So erfolgte etwa kein geharnischter Protest, als Indonesien im Februar 1980 vor den auch von Vietnam beanspruchten Natuna-Inseln (Erdöl!) Marine-Manöver abhielt. Es bemühte sich aber auch, die Front der ASEAN-Staaten aufzubrechen. So hält man die Tür nur für Einzelgespräche mit den ASEAN-Staaten offen – der malaysische Außenminister etwa wurde im März 1980 trotz seines ausdrücklichen Wunsches nicht als Vertreter der ASEAN empfangen. Seit dem Scheitern der letzten Friedensinitiativen haben sich allerdings die Fronten eher wieder verhärtet. Da sich Hanoi unnachgiebig in der Frage der Stationierung seiner Truppen in Kambodscha zeigte und Thailand stärker denn je bedroht ist, sammeln die ASEAN-Staaten, allen voran Thailand und Singapur, jetzt vermehrt Stimmen für die Unterstützung Pol Pots. Sie wollen verhindern, daß bei der im September 1980 anstehenden Debatte der UNO-Vollversammlung über den Sitz Kambodschas diesem die Anerkennung als rechtmäßigem Vertreter verweigert oder gar die Regierung Heng Samrins anerkannt wird. *Singapur* ging sogar so weit, die Aufstellung einer Kampftruppe gegen Vietnam in Indochina vorzuschlagen (Le Monde, 3. 9. 80). Indochina befindet sich derzeit in einer kritischen *Patt-Situation*. Vietnam beherrscht zwar die Nachbarstaaten Laos und Kambodscha, aber diese Herrschaft wird nur durch das Militär getragen, die Bevölkerung haben die Vietnamesen gegen sich. Vietnam kann deshalb seine Truppen auch nicht in größerem Umfang zurückziehen, will es nicht wieder aus den Nachbarländern verdrängt werden (offiziell wird der Truppenabzug aber mit dem Hinweis auf die „chinesische Gefahr“ verweigert). An der vietnamesischen Oberhoheit wird sich deshalb vorerst kaum etwas ändern, falls nicht von außen eingegriffen wird. Immerhin ist Vietnam aber auch klug genug, die „indochinesische Föderation“ nicht zu stark in Erscheinung treten zu lassen, weshalb man lieber von der „indochinesischen Solidarität“ spricht.

Die ASEAN-Staaten beobachten das vietnamesische Vordringen mit großer Sorge, denn es bedroht nicht nur Thailand direkt (das die Gefahr eines Krieges trotz gegenteili-

ger Beteuerungen Vietnams nicht ausschließen mag), sondern öffnet auch der Sowjetunion ein weiteres Einfallstor nach Asien. Man wünscht allerdings auch nicht, daß Vietnam eine Niederlage erleidet, die China den Weg nach Südostasien frei machen würde. So betreibt man lieber eine Schaukelpolitik mit dem Ziel, Moskau und Peking gegeneinander auszuspielen.

China selbst stellt langfristig eine ebenso starke Bedrohung für die Region dar. Vorerst hält es sich zurück und verzichtet auf kostspielige Abenteuer. Sein Ziel einer Kontrolle Indochinas wird es jedoch nicht aufgeben. Die Sowjetunion ihrerseits sieht sich vor die Frage gestellt, ob sie ihr Engagement gegebenenfalls um *jeden* Preis ausweiten soll, doch werden möglicherweise ihre Expansionsgelüste siegen. Die USA schließlich sind zwar nicht direkt

betroffen, doch können sie eine Parteinahme kaum umgehen, erst recht nicht, falls eines der Länder um amerikanischen Beistand nachsuchen sollte. Zudem haben sie derzeit als einziges Land die Möglichkeit, über ihre Normalisierungsgespräche auf Vietnam einen mäßigenden Einfluß auszuüben und es vor der Sowjetisierung zu bewahren.

Eine echte Lösung des Indochina-Problems ist nicht in Sicht, solange Vietnam seinen Expansionsdrang nicht bremst, solange aber auch China und die UdSSR nicht ihre südostasiatischen Ambitionen fallenlassen, die wiederum ihrer gegenseitigen Rivalität entspringen. Bilaterale Lösungsversuche einzelner Staaten der Region haben deshalb nur wenig Aussicht auf Erfolg, aber ebensowenig dürften die Vereinten Nationen das Problem einer Lösung näherbringen.

Peter Drews

Kurzinformationen

Mit einer Botschaft hat sich Johannes Paul II. an die elfte Sondervollversammlung der Vereinten Nationen gewandt. Sie wurde am Eröffnungstag der Vollversammlung, dem 25. August, von Kardinal *Bernardin Gantin*, dem Präsidenten der Kommission „*Iustitia et Pax*“, in New York verlesen. Der Papst betont darin das beständige Interesse des Heiligen Stuhls an den auf der Vollversammlung verhandelten Fragen einer neuen Entwicklungsstrategie. Die katholische Kirche wolle keine ausschließlich wirtschaftlichen und technologischen Fragen ansprechen oder konkrete Lösungsvorschläge für die komplexen Probleme machen. Vielmehr nehme der Heilige Stuhl an solchen Konferenzen teil, um eine Vision der menschlichen Person und Gesellschaft einzubringen. Damit solle verhindert werden, daß menschliche Werte bloß ökonomischen oder materiellen Zielen untergeordnet würden. Der Papst richtet einen Appell an alle Völker, über die statischen Positionen von Ideologien hinauszugehen: „Wir können uns nicht so sehr von überholten Konflikten bestimmen lassen, daß wir den wirklichen Nöten der Völker überall in der Welt nicht mehr begegnen können.“ Anstelle der ideologischen Sackgassen schlägt die Botschaft als Kriterium für alle einzelnen Entscheidungen das Grundprinzip Hoffnung vor. Diese Hoffnung sei kein bloßer Wunschtraum, „sondern eine Kategorie, die unserer geschichtlichen Erfahrung entspringt und von unseren gemeinsamen Wünschen für die Zukunft genährt wird“. An Einzelproblemen nennt die Papstbotschaft zunächst die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung der Ressourcen. Über das Teilen materieller Güter hinaus sei es notwendig, die Ressourcen des Geistes, der Wissenschaft und der Kultur zu teilen. Der Prozeß technischen und wirtschaftlichen Wandels dürfe nicht nur den Menschen als *homo oeconomicus* im Auge haben. Johannes Paul II. macht sich die Aufforderung Pauls VI. zu eigen, die Industrienationen sollten ein Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen. Als besonders dringliches Anliegen nennt die Botschaft die Behebung der ungeheuren Armut vieler Völker. Linderung der unmittelbaren Not und Hilfe zur Selbsthilfe für diese Völker wären ein klares Zeichen dafür, „daß wir zu der Hoffnung beitragen, die für diese

Erde und ihre Völker vonnöten ist“. Johannes Paul II. weist darauf hin, daß nicht nur globale Lösungen gesucht, sondern gemäß dem Prinzip der Subsidiarität Lösungen vor Ort gefördert werden sollten. Notwendig sei letztlich vor allem die „Bekehrung des Herzens“, um im anderen Menschen Bruder und Schwester in der einen, vor Gott geeinten Menschheitsfamilie sehen zu können.

Am 9. September wurde als Aktueller Kommentar Nr. 6 der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für soziale Ordnung eine Stellungnahme mit dem Titel „Die Last der Nachtschichtarbeit“ veröffentlicht. Die Stellungnahme geht auf gesundheitliche, familiäre, soziale und kulturelle Gefährdungen durch Nachtschichtarbeit ein, hält aber fest, daß trotz solcher Beobachtungen auf Nachtschichtarbeit vorerst nicht generell verzichtet werden könne, weil sie auf produktionstechnischen Gegebenheiten sowie auf wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten beruhe. Eine sozialetische Überlegung erinnert daran, daß durch den engen Zusammenhang der Arbeit mit der besonderen Würde des Menschen als Gottes Geschöpf es verbiete, die Arbeit zu einem bloßen Mittel herabzuwürdigen. Das sozialetische Problem der Nachtarbeit betreffe unmittelbar auch die Frage des Fortschritts: „Auch den technischen und sozialen Fortschritt, dessen Kind die Nachtschichtarbeit letztlich ist, müssen wir in seiner ganzen Doppelgesichtigkeit sehen.“ Angesichts der Schwierigkeiten, die einer Zurückdrängung dieser Arbeitsform entgegenstünden, dürfe man nicht in einen „blassen Rigorismus oder bloß in Fatalismus“ verfallen; vielmehr gelte es für die Kirche, im Vollzug sozialer Diakonie die betroffenen Seiten aufzuklären: „die Arbeitnehmer über ihre oft (zugunsten kurzfristiger Vorteile) verdrängten Probleme, die Unternehmer über Alternativen der Arbeitsorganisation, die Gesellschaft über die einseitige Lastenverteilung, die auch in – sozial gesehen – unangemessenen Preisen für Produkte und Dienstleistungen zum Ausdruck kommen können“. Nachtschichtarbeit, so die Konsequenz der Stellungnahme, müsse dort getan werden, wo sie als